



JANUAR 2025

**CENTRAL
MEDITERRANEAN
INFO**

ANKÜNFTE

Im Januar 2025 erreichten laut Zählungen von [borderline-europe](#) 3.137 Menschen Italien auf dem Seeweg. Der Großteil der Menschen auf der Flucht (84%) kamen auf Sizilien - vor allem Lampedusa - an. Des Weiteren gab es wieder einige Ankünfte in Kalabrien über die Ionische Route (2%), welche meist von der Türkei aus starteten. Bei rund 78% kann [borderline-europe](#) belegen, dass die Boote aus Libyen abgefahren sind, der Prozentsatz ist aber mit großer Wahrscheinlichkeit höher. Des Weiteren lässt sich feststellen, dass es diesen Monat keine einzige Ankunft aus Tunesien gab. Die italienischen Behörden retteten nach unseren Zählungen rund 55% der Angekommenen, wohingegen die Rettungen durch NGO-Schiffe ca. 14% ausmachten. Laut den Daten von [borderline-europe](#) war Frontex im Januar an etwa 10% der Rettungen beteiligt. 9% der Geflüchteten erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden. Bei 12% der Ankünfte lagen keine Informationen zur Rettung vor.

Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im Januar 3.326 Menschen in Italien angekommen. Die Diskrepanz der Zahlen verweist auf die mangelnde Transparenz der Daten von Seiten der italienischen Behörden, da es keinen Zugang zu den Hintergründen der herausgegebenen Zahlen gibt. Zudem wird es in letzter Zeit zunehmend schwieriger, genaue Informationen zu Ankünften über See zu erlangen, da sowohl die Arbeit von Journalist*innen zunehmend erschwert wird, als auch die Häufigkeit von Falschinformationen zunimmt.

30 Menschen kamen zudem in Malta an – allerdings verstarben drei von ihnen.

Wiederaufnahme der Fahrten nach Albanien

Nach zwei gescheiterten Versuchen, aus Seenot gerettete Migrant*innen in das von Italien gebaute Zentrum in Albanien zu bringen, damit sie dort ein Asylschnellverfahren durchlaufen, wurden am 28. Januar in einer dritten Tour insgesamt 49 Migranten nach Albanien gebracht. Damit mussten erstmals Berufungsgerichte über die Inhaftierung der Migranten in Albanien entscheiden. Die italienische Regierung hatte per Dekret das zuständige Gericht in Rom, welches die Haftprüfung vorgenommen und in allen Fällen eine Haft in Albanien abgelehnt hatte, schlichtweg ausgeschaltet. Das Dekret trat am 11. Januar in Kraft. Nachdem sechs Menschen wegen Vulnerabilitäten oder Minderjährigkeit zurückgeschickt wurden, lehnte das nun zuständige Berufungsgericht die Haft nach Prüfung jedoch ebenso für die anderen 43 Personen ab, weshalb alle [nach Italien](#) gebracht wurden.

PUSH – UND PULLBACKS

Diesen Monat haben wir 2.919 Interceptions (Aufhalten und Zurückholen) auf dem zentralen Mittelmeer erfasst, bei denen Boote mit Geflüchteten zur nordafrikanischen Küste zurückgedrängt oder -gezogen wurden. 2.880 Menschen wurden nach Libyen und 39 nach Tunesien zurückgeschleppt. Diese 39 Personen stammen alle von einem einzigen Boot, welches allerdings auch von Libyen aus losfuhr und auf dem Weg in tunesische Gewässer abdriftete. Der starke Anstieg der Interceptions spiegelt lediglich wider, dass mehr Fälle dokumentiert und an die Öffentlichkeit kommuniziert wurden. Die Ursache für diesen Anstieg können wir jedoch nicht erklären. Nach diesen Push- und Pullbacks werden die Migrant*innen oft in Camps festgehalten, in denen regelmäßig Menschenrechtsverletzungen [dokumentiert](#) werden.

Entlassung von Elmasry: Libyscher Kriegsverbrecher mit dem italienischen Geheimdienst nach Tripoli ausgeflogen

Ein Beispiel für die Ausmaße der Gewalt, der Migrant*innen in libyschen Gefängnissen ausgesetzt sind, liefert die Elmasry-Affäre. Der libysche Polizeichef Osama Njeem Elmasry, auch bekannt als Almasri, wurde am Sonntag, den 19. Januar, in Turin auf Grundlage eines Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit festgenommen. Aufgrund von technischen Verfahrensfehlern ordnete das Berufungsgericht in Rom jedoch am Folgetag seine Freilassung an und begründete dies mit der fehlenden vorherigen Kommunikation mit dem italienischen Justizministerium, das für die Zusammenarbeit mit dem IStGH zuständig ist. Elmasry ist inzwischen mit Hilfe der italienischen Regierung nach Tripolis zurückgekehrt.

Elmasry, eine Schlüsselfigur in der Regierung von Tripolis und ehemaliger Leiter des berüchtigten Mitiga-Gefängnisses, wird Folter, außergerichtliche Tötungen, gewaltsames Verschwindenlassen und Versklavung vorgeworfen. Zeugenaussagen von Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty International, Refugees in Libya und im Mittelmeer geretteten Migrant*innen berichten von schrecklichen Misshandlungen, darunter langanhaltende Folter und Zwangsarbeit beim Bau von Infrastruktur.

Zur gleichen Zeit, als italienische Medien über die Verhaftung des libyschen Beamten berichteten, hielt der EU-Botschafter in Libyen, Nicola Orlando, ein Treffen mit der Regierung in Tripolis ab, um das nächste Kooperationspaket zu besprechen. Sowohl Italien als auch die EU arbeiten seit Jahren eng mit Libyen zusammen und finanzieren Projekte in Millionenhöhe, die de facto vor allem dem Grenzschutz dienen. Die Abkommen Italiens mit Libyen haben die Zahl der über das zentrale Mittelmeer ankommenden Migrant*innen zwar um 50 % reduziert. Dafür ist jedoch die Anzahl der Interceptions der sogenannten libyschen Küstenwache gestiegen. Diese zurückgeschleppten Migrant*innen werden meistens in libysche Haftanstalten überführt, wo Menschenrechtsverletzungen - trotz vielfacher Dokumentation und Evakuierungsforderungen - zur Tagesordnung gehören. Wirtschaftliche Interessen, insbesondere die des italienischen Energieriesen Eni, spielen in dieser bilateralen Beziehung ebenfalls eine wichtige Rolle. Libyen ist ein wichtiger Rohöllieferant für Italien, auf den 2024 über 22 % der Ölversorgung entfielen. Aus Militärkreisen verlautete außerdem, dass die libyschen Behörden für die Sicherheit der in der Umgebung von Tripolis und Misrata stationierten italienischen Soldaten mitverantwortlich seien. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit, gepaart mit strategischen militärischen Interessen, lässt Fragen an der einfachen Erklärung, Elmasry sei wegen Verfahrensfehlern entlassen werden, aufkommen.

Internationale Menschenrechtsgruppen reagierten [empört und wütend](#) auf das Versagen der italienischen Behörden. Die Organisation Refugees in Libya, die mit politischen Aktionen auf die Menschenrechtsverletzungen gegen Geflüchtete in Libyen hinweist, war besonders entsetzt. Der Pressesprecher und Mitbegründer [David Yambio](#) - selbst unter Elmasry gefoltert - kommentierte: „Für mich ist Elmasry ein Folterer, ein Menschenhändler, ein Kriegsverbrecher, ein Vergewaltiger, und all die Verbrechen, die er begangen hat, machen ihn für mich zu einem Alptraum, aus dem ich nie aufgewacht bin. Als ich hörte, dass er nach Libyen zurückgekehrt ist, empfand ich ein Gefühl des Verrats und der Angst um die Menschen, die vergewaltigt und gefoltert werden. Ich habe Angst um die Menschen in Libyen, die zu unserer Arbeit und der des IStGH beigetragen haben, um die Akte von Elmasry zu erstellen - eine Verantwortung, die Italien nun für das Blut der Menschen, die durch sein System getötet wurden, teilt. In einer Pressemitteilung äußerte auch der IStGH selbst Unzufriedenheit mit dem italienischen Vorgehen. In Italien schlug die Entlassung Elmasrys ebenfalls Wellen: Der frühere italienische Justizstaatssekretär Luigi [Li Gotti hat bei der Staatsanwaltschaft Rom Anzeige](#) gegen Premierministerin Giorgia Meloni, Innenminister Matteo Piantedosi, Justizminister Carlo Nordio und Kabinettsstaatssekretär Alfredo Mantovano erstattet. Die Anklagepunkte sind Beihilfe und Veruntreuung im Zusammenhang mit der Freilassung des libyschen Kommandeurs Osama Njeem Elmasry nach seiner Festnahme in Turin. Li Gotti argumentiert, dass die Begünstigung Elmasrys durch die Umgehung des IStGH-Prozesses erwirkt wurde und eine Veruntreuung (staatlicher Mittel) durch den Rückflug in der italienischen Falcon-Maschine zustande kam. Die vier Politiker*innen haben sich die Anwältin [Giulia Bongiorno](#) zu Hilfe bestellt. Sie hatte zuletzt den Freispruch des ehemaligen Innenministers Matteo Salvini im Prozess gegen die Seenotrettungsorganisation Open Arms erwirkt.

TOTE & VERMISSTE

Die Anzahl der Toten und Vermissten im zentralen Mittelmeer steigt mit jedem Monat, der vergeht. Laut Daten von [borderline-europe](#) verloren im Januar 73 Personen ihr Leben auf der Flucht, während 44 Menschen nach wie vor als vermisst gelten. Das Schicksal von weiteren insgesamt 93 Personen ist ungewiss.

Ein tragisches Beispiel des Sterbens auf dem Mittelmeer verdeutlicht ein Fall auf der Ocean Viking der NGO SOS Méditerranée: Nach einer Zweifach-Rettung in der maltesischen SAR-Zone wurde das Schiff in das weit entfernte Ancona geschickt. Eine [Siebenjährige](#) wurde nach langer Herzrhythmusmassage an Bord gemeinsam mit ihrer Mutter und Schwester als medizinischer Notfall nach Malta in das Krankenhaus von Valletta evakuiert und [starb in der folgenden Nacht](#).

ZIVILER WIDERSTAND

Im Januar 2025 wurden 14% aller Rettungen von NGOs durchgeführt. Die "civil fleet", die zivile Seenotrettung, konnte zusammen 438 Menschen retten. Insgesamt gab es diesen Monat drei Mehrfachrettungen. Zwei davon wurden von der Ocean Viking (SOS Méditerranée) durchgeführt.

Sie rettete einmal 83 Personen, von denen 40 Frauen und Minderjährige aufgrund eines Beschlusses sizilianischer Richter in Olbia auf Sardinien [an Land gehen](#) konnten, während die 43 Menschen, die als nicht-vulnerabel galten, zum Hafen von Genua gebracht werden mussten. Dies bedeutete eine viertägige Fahrt für die Ocean Viking.

In einem weiteren Einsatz wurden von demselben Rettungsschiff in Kooperation mit der Sea-Punk-I insgesamt 170 Personen von zwei Booten in Sicherheit gebracht. Drei von den insgesamt 114 Personen an Bord der Ocean Viking wurden daraufhin wegen eines medizinischen Notfalls nach Malta evakuiert, da eine Siebenjährige einen Herzstillstand erlitt (s. oben). Die Sea-Punk-I nahm 56 Personen dieses Schiffbruchs an Bord. Nachdem die Crew der Sea-Punk-I von den italienischen Behörden den Hafen von Reggio Calabria zugewiesen bekamen, beanstandeten sie diese Entscheidung, da ihr Boot nicht für eine lange Reise mit einer so hohen Anzahl an Personen ausgelegt ist. Daraufhin wurden 42 Personen an ein Küstenwachenschiff übergeben und nach Lampedusa gebracht, während die Sea-Punk-I mit den verbliebenen 14 Personen trotzdem zum weiter entfernten Hafen von Reggio Calabria fahren musste.

Die dritte Doppelrettung wurde von der ResQ People (ResQ - People saving People) durchgeführt. Hierbei wurden insgesamt 47 Personen von zwei verschiedenen Schiffen gerettet, welche daraufhin in den Hafen der sizilianischen Stadt Pozzallo gebracht wurden.

In einem anderen Fall verweigerten die italienischen Behörden der Ocean Viking einen näher gelegenen [Hafen](#) für die Ausschiffung von 101 Überlebenden, darunter ein einjähriges Baby, obwohl die Fahrt durch extreme Wetterbedingungen zusätzlich erschwert wurde. Trotz Prognosen über eine weitere Verschlechterung des Wetters musste sie bis nach Taranto (Apulien) fahren.

Die NGO Sea-Watch startet entschlossen ins Jahr 2025 – mit dem klaren Ziel, nicht nur der zunehmend feindseligen Politik der Meloni-Regierung die Stirn zu bieten, sondern auch Deutschland in die Verantwortung zu nehmen. In einem [Interview](#) prangert sie die absurde Praxis Italiens an, gerettete Migrant*innen zu weit entfernten Häfen zu zwingen und NGOs durch das Flussi-Dekret systematisch aus dem Mittelmeer zu drängen. Ende Januar forderte die NGO die EU-Kommission auf, ein [Vertragsverletzungsverfahren](#) gegen die deutschen Grenzkontrollen einzuleiten. Mit der erneuten Verlängerung der Kontrollen seit September 2024 und den jüngsten Vorschlägen des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz sieht Sea-Watch nicht nur fundamentale Prinzipien der Europäischen Union, sondern auch grundlegende Menschenrechte in Gefahr.

Im Jahr 2025 blicken zivile Seenotrettungsorganisationen auf ein Jahrzehnt des Kampfes für sichere Fluchtwege zurück – und auf zehn Jahre seit dem [historischen Sommer der Migration](#). Die Erinnerungen an jene Monate, in denen Menschen von Athen bis Stockholm frei reisten und überall in Europa mit Solidarität empfangen wurden, wirken heute wie aus einer anderen Zeit und es ist an uns, diese Solidarität 2025 erneut zu finden und zu stärken.



Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de